

«Das lassen wir nicht auf uns sitzen»

REIDEN 2,5 Millionen Schadenersatz: Dies fordert die Badi Reiden AG von der AK Bautreuhand aufgrund der gesalzenen Kostenüberschreitung bei der Sanierung des Hallenbades. Diese will sich nicht zum «Sündenbock» abstempeln lassen und macht klar: Geld wird sie freiwillig keines fliessen lassen.

von **Stefan Bossart**

Sauer, sehr sauer ist das Vorgehen der Badi Reiden bei der AK Bautreuhand aufgestossen. «Das lassen wir nicht auf uns sitzen», sagt deren Geschäftsleiter Urs Spichtig gegenüber dem «Willisauer Bote». Doch von vorne: Vor einer Woche lud der Verwaltungsrat der Badi Reiden AG zur Medienorientierung. Das dreiköpfige Gremium vermeldete ein Rekordergebnis und musste im vergangenen Jahr trotzdem ein Minus von 266'000 Franken verbuchen. Insbesondere wegen den hohen Abschreibungen, welche die Badi nach dem um 2,5 Millionen Franken überzogenen Sanierungskredit zu stemmen hat. «Altlasten», welche laut Verwaltungsratspräsident Krystian Lasek aufgrund einer Schadenersatzforderung kleiner werden könnten. Und hier liegt der springende Punkt: Der Verwaltungsrat nannte mit der AK Bautreuhand die Adresse, an welche sie die Forderung stellt. Das Krienser Unternehmen war für die Kostenkontrolle der Sanierung zuständig und soll nun mit 2,5 Millionen Franken belangt werden. Gesucht werde eine aussergerichtliche Einigung, sagte Verwaltungsratspräsident Krystian Lasek. Ansonsten werde der juristische Weg weiterverfolgt.

«Steuerungsausschuss war immer auf dem Laufenden»

Worte, die bei Urs Spichtig gleich mehrfach Kopfschütteln auslösen. «Einerseits einigten wir uns mit der Badi Reiden AG darauf, dass aufgrund der mit 80 Seiten sehr umfassenden Klageschrift bis Ende der gewährten Fristverlängerung von Ende März keine Details an die Öffentlichkeit geraten. Andererseits halten die von der Badi Reiden AG ins Feld geführten Anschuldigungen einer kritischen Prüfung nicht stand.» Für Spichtig ist klar: Die im Vorfeld der Abstimmung vom März 2019 über den 7,3-Millionen-Franken-Sanierungskredit gemachten Abklärungen bezüglich der vorhandenen Bausubstanz, der Pro-



Wer ist für die enormen Mehrkosten von 2,5 Millionen Franken bei der Badisanierung verantwortlich? Diese Frage wird rund drei Jahre nach Fertigstellung nun wohl auch die Richter beschäftigen. Foto **Stefan Bossart**

«Wir lassen uns nicht zum Sündenbock machen, um die Finanzen der Badi Reiden in ein besseres Licht zu rücken.»

Urs Spichtig Geschäftsführer AK Bautreuhand

jektierung und dem damit verbundenen Kostenvoranschlag sind nicht mit der gebotenen Sorgfalt erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt sei die AK Bautreuhand jedoch nicht involviert gewesen. Sie habe ihre Tätigkeit erst im Herbst 2019 aufgenommen. «Bereits in einem frühen Stadium der Vorbereitungen wiesen wir schriftlich dokumentiert auf die Differenzen hin, welche sich zwischen den Projektzielen des Verwaltungsrats und den planerischen Grundlagen des Architekten aufzaten», so Spichtig weiter. Für eine fundierte Überprüfung des Planungsstands habe die Zeit gefehlt, weil die Umbauarbeiten vom Frühling bis im Herbst 2020 ausgeführt werden sollten. Letztlich seien alle kostenrelevanten Entscheide «im Wissen der bereits aufgelaufenen Mehrkosten» vom Steuerungsausschuss beschlossen worden, welcher aus den drei Mitgliedern des alten Verwaltungsrates und einem

Vertreter des Gemeinderates bestand. Urs Spichtig: «Im Übrigen war im erwähnten Steuerungsausschuss durchaus Baufachwissen vorhanden.»

Einschätzungen der Anwälte gehen weit auseinander

«Der AK Bautreuhand nun den Vorwurf zu machen, wir hätten gebaut, als ob es kein Morgen gäbe, entbehrt jeglicher Grundlage», so Spichtig und fügt an: «Wir lassen uns nicht zum Sündenbock machen, um die Finanzen der Badi in ein besseres Licht zu rücken.» Schadenersatz zu leisten – dies komme für die AK Bautreuhand nicht infrage. Wie abgemacht werde seine Firma bis Ende März ihre Antwort auf die Klageschrift der Badi Reiden AG einreichen und anschliessend für Gespräche offen sein. Einem allfälligen Gang vors Gericht sieht Spichtig gelassen entgegen. Als «chancenlos» bezeichnen die Anwälte

der AK Bautreuhand die Forderung der Badi Reiden AG. Deren Rechtsvertreter hingegen gehen von einer mehr als 50-prozentigen Chance aus, um die geforderten 2,5 Millionen Franken oder einen Teil davon zu erhalten, wie Verwaltungsratspräsident Krystian Lasek an der Medienkonferenz vom letzten Freitag ausführte.

Mehrkosten versus Mehrwert

«Einen Streit in den Medien anzuzetteln, liegt der AK Bautreuhand fern», sagt Urs Spichtig. Doch die Aussagen des Reider Verwaltungsrates hätten seine Firma zum Handeln gezwungen. «Was am letzten Freitag abgelaufen ist, entbehrt jeglicher Fairness und hat für uns zu unrecht einen Reputationsschaden zur Folge», sagt Spichtig und betont erneut: «Es war der Steuerungsausschuss, welcher die kostenrelevanten Entscheide fällte, letztlich

Stellungnahme zur Stellungnahme

REIDEN Zum Inhalt der Klageschrift gibt der Verwaltungsrat der Badi Reiden AG aus rechtlichen Gründen derzeit kein Statement ab. Wohl aber, wieso er sich gezwungen sah, sowohl die Höhe der geforderten Schadenersatzforderung als auch deren Adressat zu nennen. «Trotz insgesamt dreimal gewährter Fristerstreckung hat sich die AK Bautreuhand bei uns nie zu Wort gemeldet», sagt der für die Kommunikation zuständige Verwaltungsrat Stephan Michel gegenüber dem «Willisauer Bote». Lediglich einmal habe sich der Anwalt der Gegenpartei gemeldet und «gesundheitliche Unpässlichkeit» als Grund für die Fristverlängerung ins Feld geführt. «Uns ist letztlich der Geduldssaden gerissen. Mit dem Gang an die Öffentlichkeit nahmen wir die AK Bautreuhand in die Pflicht», so Michel weiter. Nach wie vor habe die Badi Reiden AG Interesse an einer einvernehmlichen Lösung. Werde der Dialog seitens der AK Bautreuhand aber weiterhin verweigert, beschreibe die Badi Reiden AG den rechtlichen Weg. «Dies sind wir den Reider Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern schuldig, deren einstige Kreditzusage massiv überschritten wurde.» **bo.**

fällen musste.» Dies beispielsweise in Bezug auf energetische Massnahmen am Gebäude. Die realisierte und von Gesetzeswegen nötig gewordene aufwendigere Sanierung der Hülle würde sich gerade mit Blick auf die steigenden Energiekosten aber auszahlen. «Wir sprechen nicht nur von Mehrkosten, sondern auch von Mehrwert», hält Spichtig fest. Diesbezüglich habe der derzeitige Verwaltungsrat seine Kommunikation verfehlt. Die Fehler seiner Vorgänger bei der ursprünglichen Kostenevaluation hätte dieser eingestehen müssen, statt eine Firma an den Pranger zu stellen, die bei der Umsetzung auf eben diese Fehler hinwies. «An der künftigen Führung liegt es auch, den Mehrwert einer im Zeitplan umgesetzten Sanierung ins Zentrum zu rücken, welche von der Bevölkerung geschätzt wird, wie der Blick auf das Rekordergebnis bestätigt.»